

| | |
|--------------------|------------|
| Antrag | |
| der FDP-PLUS | |
| AT-69/21-26 | |
| Datum | 31.01.2022 |

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|-------------------------------------|------------|-----------------|
| Planungs-, Bau- und Umweltausschuss | 24.02.2022 | vorberatend |
| Haupt- und Finanzausschuss | 01.03.2022 | vorberatend |
| Stadtverordnetenversammlung | 10.03.2022 | beschließend |

Betreff:

Antrag der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 zur Verweisung - Antrag Nr. 69/21-26 - Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen

Beschlusstext:

Beschluss des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses:

Die CDU-Fraktion bittet Punkt 3c des Antrages AT 69/21-26 um folgenden Aspekt zu erweitern:

- „Es ist zu prüfen, ob der Entfall von Stellplätzen gem. Stellplatzsatzung welcher derzeit an die Einrichtung von Car-Sharing Parkplätzen gebunden ist, um die Vorhaltung eines entsprechenden Angebotes zur Nutzung von Car-Sharing als Bedingung zum Entfall von Stellplätzen erweitert werden kann.
Ebenso ist zu prüfen, ob dies auf bereits bestehende Parkflächen ausgeweitet werden kann.“

Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag an den Magistrat zu verweisen.

Das Meinungsbild ergibt folgendes Ergebnis:

13 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses:

Der Stadtv. Sert und der Stadtv. Metz begründen den Antrag der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 bzw. den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022.

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, sowohl dem Antrag AT 69/21-26 wie dem Ergänzungsantrag zuzustimmen.

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung verweist den Antrag der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 Nr. 69/21-26 sowie den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 21.02.2022 Nr. 69-1/21-26 einstimmig an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung wie folgt:

- „1. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main wird beauftragt, sich für ein breiter verfügbares Car-Sharing-Angebot in Rüsselsheim einzusetzen. Insbesondere soll, nach Möglichkeit in jedem Ortsteil, den Rüsselsheimer Bürgern ein (stationsgebundenes) Angebot zur Verfügung stehen.
2. Der Magistrat soll mit in Frage kommenden privaten Anbietern in Kontakt treten und über eine Verbesserung des Angebots verhandeln.
3. Insbesondere ist zu prüfen:
 - a. Ob über eine Rahmenvereinbarung, mit privaten Anbietern das Angebot in Rüsselsheim verbessert werden kann.
 - b. Die Stadt geeignete eigene Parkplätze oder Parkplätze im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen kann.
 - c. Eine Neufassung der Stellplatzsatzung, mit einer Ablöse zugunsten von Car-Sharing Parkplätzen, zu einem verbesserten Angebot führt. Es ist zu prüfen, ob der Entfall von Stellplätzen gem. Stellplatzsatzung, welcher derzeit an die Einrichtung von Car-Sharing Parkplätzen gebunden ist, um die Vorhaltung eines entsprechenden Angebotes zur Nutzung von Car-Sharing als Bedingung zum Entfall von Stellplätzen erweitert werden kann. Ebenso ist zu prüfen, ob dies auf bereits bestehende Parkflächen ausgeweitet werden kann.
4. Im Anschluss soll der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis berichtet werden.“

Rüsselsheim am Main, den 01.03.2022

Jens Grode
Stadtverordnetenvorsteher